

Gesundheitsladen Rundbrief

Nummer 1/2014
35. Jahrgang

Berichte • Dokumentationen • Veranstaltungshinweise



Versicherte als Last

- 20 % der Versicherten verursachen 92 % der Kosten
- 10 % der Versicherten verursachen 80 % der Kosten
- 2,5 % der Versicherten verursachen 50 % der Kosten
- 0,5 % der Versicherten verursachen 20 % der Kosten

GEK-Gesundheitsreport 2003;
ohne ambulante ärztliche Leistungen

Public Health



Sachbericht 2013
alle Bereiche

Gesundheitsladen München e.V.

Waltherstraße 16a, 80337 München
Tel.: 089 - 77 25 65, Fax: 089 - 725 04 74
mail@gesundheitsladen-muenchen.de
www.gesundheitsladen-muenchen.de



Daseinsfürsorge? Patientenrechte?
Frauengesundheit? Selbsthilfe?
Gesundheitsförderung? ...

Wo wollen wir hin? Städtische Gesundheitspolitik bis 2020

Podiumsdiskussion zur Gesundheitspolitik mit

Till Bauer, Stadtratskandidat, FDP

Dr. Otto Bertermann, Stadtrat, Freie Wähler

Lydia Dietrich, Stadträtin, Bündnis 90/Grüne

Dr. Ingo Mittermaier, Stadtrat, SPD

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin, CSU

Brigitte Wolf, Stadträtin, OB-Kandidatin, Linke

Moderation: Werner Buchberger, Bayerischer Rundfunk

Ort: Marienhilfplatz, Festsaal Am Herrgottseck (Bus 52/62 Schweigerstraße)

Zeit: Donnerstag, 13. März 14, 19:30 Uhr

Veranstalter: Gesundheitsladen München, Donna Mobile, FrauenGesundheitsZentrum, Münchner Aktionswerkstatt Gesundheit MAG, Selbsthilfenzentrum München, Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte

Kontakt und V.S.d.P.: Peter Frießel, Gesundheitsladen, Waltherstr. 16a, 80337 München, Tel. 089 - 77 25 65

Wir reden mit!



Zu viel Lärm macht krank

Bluthochdruck, Tinnitus und Herzinfarkt: Die Kampagne „Tag gegen Lärm“ klärt über die Gefahren für die Gesundheit auf und bietet Momente der Stille

Können Sie noch Orte absolut stiller finden? Oder anders gefragt: Wann haben Sie das letzte Mal in der Großstadt bewusst einen Moment ohne Lärm (Hintergrund) / Geräusche erlebt? In unserer modernen Welt sind wir nahezu 24 Stunden immer und überall den verschiedensten Geräuschpegeln von Verkehr, Arbeit oder Freizeit ausgesetzt. Der Lärm breitet sich längst räumlich und zeitlich aus. Das hat massive Auswirkungen auf unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden. Je stärker ein Mensch sich in seinen Entspannungspausen befindet, desto empfindlicher reagiert sein Organismus auf Lärm, sagt Gunhild Preuß-Bayer vom Gesundheitsladen München: „In der Medizin und der Gesundheitsforschung ist heute durch Studien gut belegt, dass gerade nächtlicher Lärm die nötige Schlafqualität stört und langfristig das Risiko für Bluthochdruck und damit für Herzinfarkte und Schlaganfälle erhöht.“ Auch Hörsturz und Tinnitus sind oft Folgen von Stress oder extremer Lärmeinwirkung – das reicht vom Disco- oder Konzertbesuch bis zum Knalltrauma.

Ein dauerhafte Störung der Tiefschlafphasen führt zu Bluthochdruck

Seit 1999 organisiert der Münchner Gesundheitsladen deshalb jedes Jahr den „Tag gegen Lärm“. Vom ersten Mal an beteiligten sich so viele Kooperationspartner, dass aus einem internationalen Aktionstag jetzt schon zum 15. Mal in München eine Kampagne mit einem mehrwöchigen Veranstaltung- und Infobogen geworden ist (siehe auch Info).

Damit soll auf die gesundheitlichen Gefahren und gesellschaftlichen Folgen von Lärm

aufmerksam gemacht und zugleich mehr Verständnis für die Situation von Menschen mit Hörschwierigkeiten geschaffen werden. Denn Lärm macht gerade Schwerhörigen die Kommunikation und Teilnahme am sozialen Leben oft besonders schwer. Ob im öffentlichen Raum oder in Lokalen können sie die Stimmen und Botschaften aus all den verschiedenen Geräuschquellen nicht mehr herausfiltern.

„Die Ruhe weg“ lautet das Motto für den „15. Tag gegen Lärm“

Die Kampagne rund um den internationalen „Tag gegen Lärm“ am 30. April will deshalb für die Auswirkungen von Lärm sensibilisieren, auf Lärmquellen aufmerksam machen und den Bewohnern der Großstadt in Zeiten ständiger Reizüberflutung Gelegenheiten anbieten, wieder einmal zur Ruhe zu kommen. „Dazu kommen zahlreiche Angebote, um im Großstadtlärm überhaupt wieder die Erfahrung von Stille bewusst erleben zu können“, sagt Gunhild Preuß-Bayer: „Denn in unserem modernen Leben gibt es immer weniger Orte und Zeiten der Ruhe.“



Wenn es ständig in den Ohren tönt, kommt man nicht mehr zur Ruhe: Das kann auf Dauer auch die Gesundheit schädigen. Foto: dpa

- Die **Fledermaus-Exkursion** mit dem Landesbund für Vogelschutz (für Familien geeignet): „Fledermäuse sehen mit den Ohren“. Am Samstag, den 26. April, 19.30 - 21 Uhr. Treff Bus 54, Hiltl Chinesischer Turm, Richtung Loretoplatz.
- **„Außerer und innerer Lärm“**: Vortrag von Dr. Tobias Rieck, Facharzt für Psychosomatische Medizin am Dienstag, 28. April, 19.30 Uhr in der HNO-Klinik Dr. Gaertner, Poststr. 51 (U 4) Bus 54.
- **Aktionstag am Berufsschulzentrum für Bauberufe am Mittwoch, 30. April, 8 bis 15 Uhr**: Fachvorträge zu Lärm und Lärmminderung, Schallpegelmessungen und individuelle Beratung zu Gesundheitsrisiken, Luisenstr. 8 - 11.
- **Tag der offenen Tür** in der Servicestelle für Menschen mit Hörbehinderung: Mit Info-Broschüre, Ausstellung und Veranstaltungen u.a. zu Schwerhörigkeit: Am 29. und 30. April von 16 bis 20 Uhr, Haydnstraße 12.
- **Bauzentrum München, Vorträge am Mittwoch, 30. April**: Vom Schallschutz im Hochbau (17 Uhr) bis zum Nachschallschutz (18 Uhr), Willy-Brandt-Allee 10, Messestadt.

Michael Backmund

SERVICE & INFO

Das Programm der Kampagne

Das vollständige Programm der Kampagne „Tag gegen Lärm“ ist im Internet abrufbar unter www.gl-m.de oder als Broschüre im Gesundheitsladen und in der Stadt-Information am Marienplatz erhältlich. Infos und Beratung bei der Lärmsprechstunde: Donnerstags 17 bis 19 Uhr: 089/77 25 65 mb

GESUNDHEITSLADEN MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONS-ZENTRUM

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

www.gl-m.de
E-Mail: mail@gel-m.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

PatientInnenstelle München
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 16 - 19 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr

UPD Beratungsstelle München für Oberbayern
Tel: 089 / 18 91 37 22
Mo 9 - 13, Di 14 - 18,
Mi 15 - 19, Do 10 - 14 Uhr

Unabhängige Patientenberatung Schwaben
Tel. 0821/ 209 203 71
Afrwald 7, 86150 Augsburg
Mo 9 - 12 Uhr,
Mi (nur tel.) 13 - 16 Uhr

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE51 70020500 000 8887800
BIC: BFSWDE33MUE

INHALT:
Der Verein **2**
GL-Intern, Termine **3**
Wahlveranstaltung **4, 5**
Augsburg, Rezensionen **6**
Berichte **7**
Rezeptdatenhandel **8**
Mitglieder **9**
UPD, Protesttag **10**
Augsburg, Rezensionen **11**
Gesundheit & Umwelt **12, 13**
BAGP-Rundbrief **A-C**

Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 2/2014:

20. Juli 2014

Verantwortlich für

Inhalt und Layout:

Petrit Begiri, Maria
Ernst, Peter Friemelt,
Anja Geisendorff,
Jürgen Kretschmer,
Christina Krieger,
Waltraud Kröner,
Sarah Kurzak, Gunhild
Preuß-Bayer, Adelheid
Schulte-Bocholt, Carola
Sraier.
Namentlich gekennzeichnete Artikel liegen in der Verantwortung des/der jeweiligen AutorIn, sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Belichtung & Druck:

ulenspiegel druck
gmbh, Andechs,
zertifiziertes Umwelt-
management nach
EMAS, Recyclingpapier

Impressum:

Der Rundbrief ist das
Organ des
Gesundheitsladen
München e.V.

Mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt
München
Referat für Gesundheit
und Umwelt

und des §65b SGB V



Materialien

- **Rundbrief** ☐
4 mal im Jahr mit Beiträgen aus der Vereinsarbeit und aktuellen Gesundheitsthemen.
Jahresabo incl. Porto 8,- €
- **Broschüren**
3,-€ (+ Porto + Verpackung 1,- €)
- **Patientenrechte - Ärztepfllichten, Neuauflage 2013** ☐
3,50 € (+ Porto + Verpackung 1,-€)
- **Informationen rund um die Versorgung mit Zahnersatz** ☐
0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)
- **Zahnersatz 2005: Befundorientierte Festzuschussregelung** ☐
- **Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht** ☐
- **Einsichtsrecht in Patientenunterlagen** ☐
- **Die ärztliche Aufklärung** ☐
- **Gesetzlich versichert - privat bezahlen?** ☐
- **Gesundheitsreform 2007** ☐
- **Konflikte mit der GKV** ☐
- **Gesundheitsfonds 2009** ☐
- **Arbeitsunfähig - was tun?** ☐
- **Gesundheitsreform 2011 - Was ändert sich?** ☐
- **Hilfsmittelinfo** ☐
- **Satzung** ☐
- Bei Bestellungen unter 3,- € bitte Betrag in Briefmarken beilegen!

Alle genannten Materialien sind für Mitglieder kostenlos.

Angebote

Information

Gesammelt und weitergegeben werden Informationen über Einrichtungen, Selbsthilfegruppen, Veranstaltungen, Bücher und Zeitschriften. Es gibt eine Bibliothek und einen PC für Recherche und das Archiv.

Patientenberatung

Die Patientenstelle München, und die Unabhängige Patientenberatung München für Oberbayern, sowie die Unabhängige Patientenberatung Schwaben bieten unabhängige Beratung, Information und Orientierung.

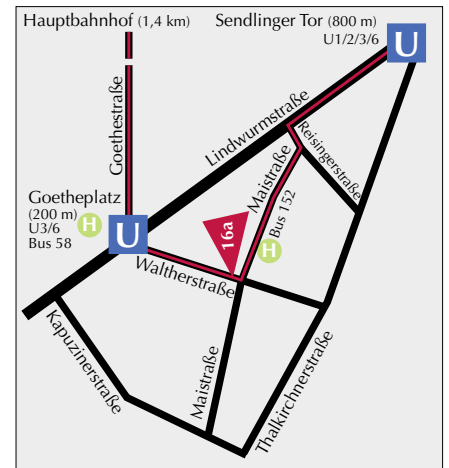
Kooperation

Wir arbeiten mit anderen Initiativen und Facheinrichtungen kommunal, regional und bundesweit zusammen. Besonders intensiv begleiten wir die Arbeit der Patientenfürsprecher/innen in den städtischen Kliniken.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadtweit machen wir Angebote zur Verbesserung der Lebenssituation. Wir organisieren Veranstaltungen zum »Tag gegen Lärm« und arbeiten bei »Wohnen ohne Auto« mit.

Wegweiser



Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter anderem mit folgenden Themen:
Lärmaktionsplan und Tempo 30, Hören und Schutz der Ruhe, Selbsthilfegruppe Recherchen am Computer, Autofreies Wohnen.
Die Arbeitskreise sind für alle offen.

Webseite

Auf dieser finden Sie aktuelle Presseerklärungen und Terminhinweise, den Rundbrief u.a. in digitaler Form und Links zu anderen Einrichtungen.

Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände, Herausgabe unserer Zeitschrift, weiterer Texte und Ausstellungen.

Telefonsprechstunde Beschwerdestelle Netzwerk Psychiatrie:

Jeden 1. + 3. Montag im Monat, 16-18 h unter Tel.: 7677 6485.
Zu den übrigen Zeiten ist ein Anrufbeantworter geschaltet.
Es erfolgt Rückruf.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere, 10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

BLZ:

Kontonummer:

Bank:

Unterschrift:

Datum:

Liebe Freundinnen und Freunde, Interessierte und Aktive

Veranstaltungen, Vorträge, viele Beratungen, die Mitgliederversammlung, Termine, KollegInnensuche, der Tag gegen Lärm - dies begleitete uns bis jetzt 2014.

Wir freuen uns Ihnen heute unsere neuen Empfangskräfte vorzustellen, die uns in den Patientenberatungszeiten unterstützen.

Wir durften mit unserer Schülerpraktikantin Marisa die Erfahrung machen, dass auch ein kurzes Praktikum, sehr sinnvoll sein kann.

Wir hatten eine spannende Veranstaltung zur Wahl (S. 4) und zum Rezeptdatenhandel (S. 8).

Es gab außerdem:

- Fortführung und Aufstockung der Beratungszeiten der Patientenberatung Schwaben (S. 6)
- Besuch von neuen Patienten- und Pflegebeauftragten (S. 7)
- den 1. Geburtstag des Patientenrechtegesetzes (letzte drei Seiten)
- 2014 bereits drei große AZ-Artikel zu den Themen: Zahn, Rezeptdatenhandel und Lärm.



Der Sachbericht 2013 ist fertiggestellt und kann bei uns angefordert werden bzw. ist auf der website einzusehen.

TERMINE

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
16.05.14 10 Uhr	Tag der Patientenrechte - Informationsstand	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
20.05.14 17 Uhr	Fachtag - Was kostet Lärm?	Arbeitsring Lärm in der DEGA, Münchner Forum e.V., Gesundheitsladen München e.V.	Hansa-Haus Pavillon, Briennerstr. 39	Tel. 089 18913720 oder tag-gegen-learn@gl-m.de
28.05.14 14.30 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen & Geld	ASZ Laim	Kiem-Pauli-Str. 22	Tel. 575014
05.06.14 17 Uhr	Patientenrechte – Ärztepfllichten	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
26.06.14 17 Uhr	Au Backe - worauf muss ich als KassenspatientIn achten, wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
27.06.14 15.30 Uhr	Hörspaziergang Isarvorstadt	Gesundheitsladen München e.V.	Treffpunkt: Sendlinger Tor	Tel. 089 18913720 oder tag-gegen-learn@gl-m.de
15.07.14 18 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen & Geld	Arbeitslosen-Zentrum München Nord	Neuherbergstr. 104	Tel. 089 189179630
24.07.14 17 Uhr	Gesetzlich versichert - privat bezahlen?	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
14.08.14 14.30 Uhr	Patientenverfügung und Vorsorgeformen	ASZ Sendling	Daiserstr. 37	Tel. 089 779254

Daseinsfürsorge? Patientenrechte?
Frauengesundheit? Selbsthilfe?
Gesundheitsförderung? ...

Wo wollen wir hin? Städtische Gesundheits- politik bis 2020

Podiumsdiskussion zur Gesundheitspolitik mit

Till Bauer, Stadtratskandidat, FDP

Dr. Otto Bertermann, Stadtrat, Freie Wähler

Lydia Dietrich, Stadträtin, Bündnis 90/Grüne

Dr. Ingo Mittermaier, Stadtrat, SPD

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin, CSU

Brigitte Wolf, Stadträtin, OB-Kandidatin, Linke

Moderation: Werner Buchberger, Bayerischer Rundfunk

Ort: Mariahilfplatz, Festsaal Am Herrgottseck (Bus 52/62 Schweigerstraße)

Zeit: Donnerstag, 13. März 14, 19:30 Uhr

Veranstalter: Gesundheitsladen München, Donna Mobile, FrauenGesundheits.Zentrum,
Münchner Aktionswerkstatt Gesundheit MAG's, Selbsthilfezentrum München,
Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte

Kontakt und V.i.S.d.P.: Peter Friemelt, Gesundheitsladen, Waltherstr. 16a, 80337 München, Tel. 089 - 77 25 65

Wir reden mit!

Wir und unsere Mitveranstalter Donna Mobile, FGZ, MAG's, SHZ und VdÄÄ haben viele Vorstellungen wie es im Gesundheitsbereich der Stadt in sechs Jahren aussehen sollte. So ist nicht nur die weitere kontinuierliche Förderung unserer Einrichtungen wesentlich, sondern sind darüber hinaus folgende Forderungen formuliert worden:

- Gendersensibilität in der gesundheitlichen Versorgung und in der Prävention
- migrationssensible und barrierefreie Versorgungsstrukturen
- Stadtentwicklung nicht ohne Beachtung von Gesundheitsförderung im Quartier
- Berücksichtigung von Armut und Gesundheit
- sinnvolle und gerechte Verteilung der städtischen Kliniken über die ganze Stadt

Kurz vor der Wahl stellten sich die o.g. städtischen Politiker den Fragen der Veranstalter und des Publikums, welches Moderator Buchberger von Beginn an aktiv mit einbezog.

München vor der Wahl

Die Veranstalter hielten ihr Plädoyer und das Publikum entschied sich für folgende drei Themenkomplexe:

- Frauengesundheit/Migration
- Gesundheitsförderung im Stadtteil
- Zukunft der Versorgung / Selbsthilfe

Der Bereich Frauengesundheit wurde von allen Politikern als wichtiges Arbeitsfeld anerkannt. Alle sehen die Notwendigkeit die Gendersensibilität zu fördern. In der Stadtratssitzung am selben Tag wurden hierfür erste Schritte gegangen, in dem eine ½ Stelle für gendersensible Medizin im RGU („Frau und Gesellschaft – Frau und Medizin“) beschlossen wurde.

Jahren so bleiben soll. Dr. Bertermann als praktizierender Arzt vertritt die Meinung, dass Frauengesundheit, Gender- und Migrationssensibilität unbedingt in die ärztliche Fortbildung gehören, weil für einen Arzt das Wissen des sozialen Umfeldes des Patienten wesentlich ist, um helfen und heilen zu können. Daher will er als Stadtrat politischen Einfluss auf die Landesärztekammer nehmen und eine verpflichtende Weiterbildung mit mindestens 20 Punkten fordern. Auch der Ausbau der Alten-Service-Zentren und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sieht er als notwendig an.

FDP Vertreter Till Bauer sieht Hand-



Die FragenstellerInnen

Lydia Dietrich und Dr. Manuela Olhausen sehen Handlungsbedarf in der Ausbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe, damit gender- und migrationssensibler Umgang bekannt und praxistauglich umgesetzt werden kann. Denn die AltenpflegerInnen, Sprechstundenhilfen und Krankenschwestern sind diejenigen welche täglich am Patienten ihren Dienst tun. Dafür sei es auch wichtig, diese Themen in der Geschäftsführung des städtischen Klinikums anzusiedeln, was auch von Dr. Mittermaier gefordert wurde. Dietrich verweist darauf, dass es bereits seit 2005 Gender Stellen in den Kliniken gibt (z. B. Johanna Zebitsch – Genderbeauftragte im StKM), es aber noch stärker im RGU vertreten werden müsste. Dr. Mittermaier wies auch darauf hin, dass die Stadt schon viel investiert, z. B. durch die Förderung unserer Einrichtungen, was auch in den kommenden sechs

lungsbedarf beim Thema Frauen und Gewaltprävention. Auch wies er darauf hin, dass er sich um die Sicherstellung der Geburten durch Hebammen sorgt und sich deshalb für die bundesweit zu diskutierende Frage der Finanzierung der Hebammenhaftpflicht kümmert (obwohl er als Stadtrat da nichts bewegen kann). Im Bereich von Gesundheitsförderung im Stadtteil sehen die Stadträte unterschiedliche Wege. Im Wesentlichen wurden Lärmbekämpfung und Verkehrsführung diskutiert.

Dr. Mittermaier, der auch verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, konnte hier interessante Wortbeiträge setzen. So erklärte er recht plausibel, warum die Stadt die Forderung nach einem generellen Tempo 30 nicht unterstützt. Es seien bereits mehr als 80 Prozent der Straßen im Rahmen der Inzell-Initiative temporeduziert. Sinnvoll sei dies nur in

Wohngebieten und Nebenstraßen, nicht aber auf Hauptverkehrsstraßen. Neben Tempo 30 müssten die passiven Lärmschutzmaßnahmen durch entsprechende bauliche Maßnahmen z. B. der Fenster, Flüsterasphalt und Lückenbebauung optimiert werden.

Dr. Olhausen griff die Verkehrsbelastungen auf und will sich für den Ausbau von P&R im Umland stark machen. Außerdem werden mehr Tunnel gefordert, die nicht nur den Verkehr verlegen, sondern auch Grün- und Nutzflächen schaffen. Die Stadt werde nach Aussage von Olhausen in den nächsten Jahren mit einem Zuwachs von mindestens 200.000 Menschen rechnen müssen, die auch wohnen und leben wollen. Sie setzt sich auch für mehr U-Bahnlinien und deren Taktverdichtung, Ringbuslinien wie der X30 und Flussverkehr (grüne Wellen) ein. Die FDP vertreten durch Till Bauer unterstützt dies und will den Autoverkehr nicht

ne kürzliche Ablehnung eines Radlweges an der Rosenheimer Straße beispielhaft zeigt. Obwohl einige Todesfälle hier eine traurige Realität seien, wäre keine Umdeutung von Parkplätzen in Radwege abstimmungsfähig gewesen.

Dietrich sieht viel Potential in Projekten z. B. für mehr Lebensqualität durch Rückeroberung von autofreien Plätzen. In einer immer älter werdenden Bevölkerung müssen die Nutzung von Fußwegen und die Stadtteilerweiterung selbstverständlich sein. Dr. Bertermann sieht eine erfolgreiche Gesundheitsförderung v. a. dort realisiert, wo sie alltagstauglich ist und an niedrigschwellige Angebote mit Komstruktur wie den Alten-Service-Zentren angebunden sind.

Gesundheit stellt für alle Stadträte eine Querschnittsaufgabe dar. Dr. Olhausen fordert eine bessere Zusammenarbeit der städtischen Referate, damit grobe Fehler vermieden werden, wie jüngst im Siemensareal passiert. Hier wurde ver-

Bürger hinreichend Rücksicht nehmen. So trug kein Anwesender den Vorschlag einer Radikalkur für Schwabing mit, dort nur 90 Betten vorzuhalten, weil dann die Versorgung im Münchner Norden nicht sichergestellt sei. Im Gegenteil: alle Stadträte unterstützten die Forderung nach garantierter und qualifizierter Notfallversorgung in Nord- und Südmünchen und versicherten sich dafür aktiv im Stadtrat einzusetzen auch wenn es insgesamt zu Bettenabbau kommen müsste.

Die Zukunft der ambulanten Versorgung wurde im Bereich der Frauengesundheit z. T. gestreift. So wies Dr. Bertermann darauf hin, dass die Daseinsfürsorge in der bayerischen Verfassung steht und daher in erster Linie das Wohl des Bürgers und nicht der „Fall“ oder die Rendite im Vordergrund der Überlegungen zu stehen haben.

Lobend erwähnt haben Dietrich und Dr. Mittermaier die Patientenfürsprecher in den Kliniken wie dem StKM. Hier wäre

Das Podium



verteufeln, sondern den Bürgern ihre Wahlfreiheit der Verkehrsmittel erhalten. Dazu gehört für ihn auch der Ausbau der Tunnel und der sicheren Radlwege.

Brigitte Wolf fordert als LINKE die Steuerfinanzierung von öffentlichen Verkehrsmitteln und die kostenlose Nutzung dieser für Kinder und Jugendliche. In Bezug auf die Lärmbekämpfung sieht Wolf die Tempo 30 Ausweitung aufgrund immer vollerer Straßen als sinnvolle Forderung an. Lärmschutz und Ruheplätze dürfen aber nicht nur in guten Wohngebieten angesiedelt werden, sondern müssen für alle Bürger gelten, da „Sozialwohnungen als Lärmschutzwahl eine Unverschämtheit“ darstellen.

Lydia Dietrich setzt sich weiterhin für mehr und sichere Radlwege ein. Dies sei in der Stadt oft schwierig, wie ei-

gessen eine Schule zu bauen, die dann als Containerbau untergebracht wurde, aber ohne Turnhalle und grüne Außenfläche. Die Schüler müssen nun zu einer anderen Turnhalle laufen, der Sportunterricht sei so noch ineffektiver, Gesundheitsförderung in der Schule sei hier unmöglich.

Letzter, aber emotional doch am meisten geladener Diskussionspunkt war die Versorgung v. a. im Hinblick auf die Zukunft des Städtischen Klinikums (StKM). Alle Stadträte waren taggleich in einer Sondersitzung hierfür. Insgesamt konnte nur berichtet werden, dass die Gutachten der BCG nicht ausreichend waren, um von Seiten der Stadt entsprechende Entscheidungen zu treffen. Laut Wolf wurden von 360 Seiten lediglich 16 vorgestellt. Hier wünschten sich alle Beteiligten mehr Know-How, Hearings und offene Gespräche und wollen auf die Belange der

es wünschenswert, wenn diese „Institution“ ausgebaut werden könnte auch im Hinblick auf Migrations- und Kultursensibilität.

Carola Sraier



Moderator
Werner Buchberger.
An ihn ein herzliches
Dankeschön für die
hervorragende
Vorbereitung und
souveräne Führung
durch den
Abend.

Alle Fotos
Lukas Barth

Unabhängige Patientenberatung Schwaben Finanzierung bis Ende 2015 gesichert



Beratungsraum
in Augsburg

Seit bald zwei Jahren werden in Augsburg Ratsuchende aus der Region Schwaben unabhängig beraten. Zum Sommer 2012 wurde die Unabhängige Patientenberatung Schwaben in gemeinsamer Trägerschaft des GL mit dem Sozialverband VdK Bayern, Bezirk Schwaben, eingerichtet und die Versorgung dort zunächst bis zum 31.12.2013 sichergestellt. Frau Dr. Hartl, die Pati-

entenbeauftragte des Bayerischen Gesundheitsministeriums bis Anfang diesen Jahres, hatte sich persönlich zusammen mit den Trägern dafür eingesetzt.

In 2012 und 2013 konnte persönliche und telefonische Beratung immer montags für drei Stunden in Anspruch genommen werden. Da sich die Beratungskontakte in 2013 gegenüber 2012 nahezu verdoppelt hatten, bemühten wir uns nicht nur um eine Finanzierung über den 31.12.2013 hinaus. Wir beantragten auch eine Erweiterung der Beratungszeiten und bieten seit dem 1. Januar 2014 zusätzlich mittwochs drei Stunden an; allerdings ausschließlich für telefonische Anfragen.

Für die Jahre 2014 und 2015 konnte die Fortführung der Projektfinanzierung gesichert werden. Über die zusätzlichen Stunden am Mittwoch gab es noch eine weitere Wochenstunde, die den Aufbau von Kooperationen ermöglicht.

Das Beratungsspektrum umfasst alle Bereiche, die auch in der Patientenstelle im GL abgedeckt werden. Vor allem wurden Fragen zu vermuteten Behandlungs- bzw. Aufklärungsfehlern vorgetragen, zu Verletzungen der Patientenrechte und den möglichen Vorsorgeformen - hier insbesondere die Patientenverfügung.

Waltraud Kröner

Beratungszeiten unter

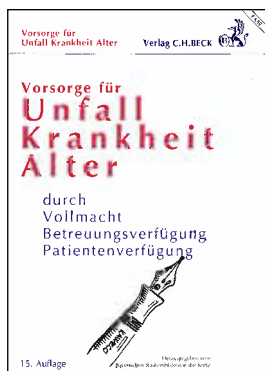
Tel: 0821 - 209 203 71:

Montag 9 - 12 Uhr (persönlich und telefonisch)

Mittwoch 13 - 16 Uhr (NUR telefonisch)

Anschrift: VdK-

Bezirksgeschäftsstelle Schwaben, Afrawald 7, 86150 Augsburg



Vorsorge für Unfall Krankheit Alter

Hrsg. Bayerisches Staatsministerium der Justiz, Verlag C.H. BECK, 15. Auflage, ISBN 978-3-406-66321-5, € 4,90

Allein die Tatsache, dass diese Broschüre bereits in der 15. Auflage erscheint, spricht Bände. Erneut hat eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe das schwierige Thema in gut verständlicher Sprache und juristisch „wasserdicht“ aufbereitet. Die Schrift ist groß gehalten und berücksichtigt das überwiegend höhere Alter der Zielgruppe. Alle wesentlichen, auch in Beratungsgesprächen aufkommenden Fragen sind umfassend beantwortet. Sehr inspirierend ist das Kapitel über die „Eige-

nen Wertvorstellungen“, welches die eigene, innere Auseinandersetzung anregt. Inhaltlich unterscheidet sich diese Auflage nicht von ihrer Vorgängerin. Die Formulare für Verfügungen und die Vollmacht jedoch sind hier mittig geheftet und „in einem Guß“, also in DIN-A3-Größe. Probleme wegen mehreren zusammengehefteten losen Blättern können so gar nicht erst entstehen.

Diese Broschüre ist ohne jede Einschränkung sehr zu empfehlen.

Waltraud Kröner



Lexware Financial Office 2014

Financial Office 2014 von Lexware ist das Produkt mit dem man Buchhaltung, Fakturierung und vor allem die

Lohn- und Gehaltsbuchhaltung im Betrieb erledigt. Bei der Fülle der gesetz-

lichen Änderungen auf dem Laufenden zu bleiben, wäre ohne das Programm ein erheblicher Mehraufwand. Regelmäßig werden sinnvolle Updates zur Verfügung gestellt, die in der Mitte des Jahres und im Folgejahr allerdings kostenpflichtig sind.

Sepa wird ebenso unterstützt wie Elster und Dakota, heutzutage kann ohne diese Teile nicht mehr gearbeitet werden. Die Oberflächen aller Module sind übersichtlich und nicht überfrachtet. Die Datensicherung wird einem leicht gemacht, sinnvollerweise wird man regelmäßig daran erinnert. Die Lexware-Cloud scheint sicher, aber ich vertraue eher unserem lokalen Netzwerk.

Die Hotline ist kostenpflichtig, doch häufig werden die Ratsuchenden auch zurückgerufen. Auf die Version für Macintosh warten wir immer noch. Trotz dieser kleinen Kritik: ein sehr empfehlenswertes Programm mit einem akzeptablen Preis-Leistungs-Verhältnis. pf

Neuer Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung auf Besuch im Gesundheitsladen

Nach den Wahlen in Bayern 2013 gab es personelle und strukturelle Veränderungen rund um das Amt der bayerischen Patientenbeauftragten. Zwei wichtige Posten, die bislang von zwei Spitzenbeamten unterschiedlicher Ministerien betreut wurden - von Gabriele Hartl vom Gesundheitsministerium (als Patientenbeauftragte) und von Werner Zwick vom Sozialministerium (als Pflegebeauftragter) wurden zusammengelegt.

Zum neuen Patienten- und Pflegebeauftragten der bayerischen Staatsregierung wurde Hermann Imhof ernannt. Er ist Nürnberger Landtagsabgeordneter. Das Amt des Patientenbeauftragten Bayern wurde somit erweitert um den Bereich der Pflege.

Herr Imhof, der am 01.02.14 die Arbeit aufnahm, sieht sich als Sprachrohr für die Interessen der Patienten, Pflegebedürftigen und Pflegenden und möchte sich politisch für die Rechte dieser Zielgruppen einsetzen. Betroffene können sich

mit ihren Anliegen und Fragen auch selbst per Post oder Telefon an ihn (den Patienten – und Pflegebeauftragten) wenden.

Der Gesundheitsladen steht schon lange im regen Austausch mit seiner Vorgängerin Frau Dr. Hartl. Die Gespräche sollen auch zukünftig mit Herrn Imhof fortgeführt werden. Ein erstes Treffen fand im März im Gesundheitsladen statt. Der neue Pflege- und Patientenbeauftragte machte deutlich, dass ihm die Interessen von Patientinnen und Patienten sehr wichtig sind. Es bestehe keine Gefahr, dass diese durch das hinzugetretene Thema Pflege nicht mehr soviel Beachtung findet. Der weitere Ausbau der Patientenberatung nach 2016 ist Imhof ein wichtiges Anliegen. Die regionale Verankerung der Beratungsstellen und die Möglichkeit einer persönlichen Patienten-Beratung vor Ort seien sehr wichtig. Unabhängige Patientenberatung müsse auch in Zukunft weiter bestehen und ausgebaut werden.

Sarah Kurzak



Von links: Elisabeth Nordgauer (Büro Patientenbeauftragter), Peter Friemelt (Gesundheitsladen), Hermann Imhof (Patientenbeauftragter), Sarah Kurzak (UPD Oberbayern), Sascha Straub (Verbraucherzentrale)

Behandlungsfehler: Häufigkeiten – Folgen für Arzt und Patient

Zu der gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung der Landesärztekammer Baden-Württemberg und der Bayerischen Landesärztekammer in Stuttgart waren auch wir eingeladen.

Nach einer inhaltlichen Darstellung der beiden unterschiedlichen Gutachtenverfahren bei den Landesärztekammern Baden-Württemberg und Bayern gab es interessante Ausführungen zu deren statistischen Auswertungen und der Thematik „Fehlerhäufigkeit und Patientensicherheit“. „Ein Behandlungsfehler ist passiert, was nun?“, dies war die Fragestellung an die ReferentInnen (überwiegend Ärzte, JuristInnen) im zweiten Teil der Fortbildung. Hier kamen VertreterInnen einer Haftpflichtversicherung und des MDKs, sowie eine Patientenanwältin und eine Patientenberaterin der UPD-Beratungsstelle Stuttgart zu Wort, die einen guten Überblick aus der jeweiligen Fachsicht gaben.

Beeindruckend waren auch die Darstellungen von Herr Dr. Schlesiger (Geschäftsführer der Gutachterstelle Bayern), der anschaulich die Auswirkungen eines Behandlungsfehler(verdachts) auf den verursachenden Arzt beschrieb.

Insgesamt eine gut vorbereitete, inhaltlich ausgewogene und interessante Fortbildung, die einen guten Einblick und Überblick ins Thema gab.

Sehr gefreut hat mich, dass alle ReferentInnen (nicht nur die Patientenberaterin) die Notwendigkeit und große Bedeutung einer guten Kommunikation nach einem „unerwünschten Ereignis“ betonten. Eine angemessene Fehlerkultur fordern unabhängige Patientenberatungsstellen schon seit vielen Jahren.

Adelheid Schulte-Bocholt



„Rezeptdatenhandel - Symptome eines korrupten Gesundheitswesens?!“

Dass der Handel mit Patienten- und Arzt-daten nur eines der Symptome einer systemischen Korruption unseres Gesundheitswesens ist, stellte Wolfgang Wodarg, von Transparency International (+Präsident der Rheumaliga Schleswig-Holstein, ex-MdB) in einer gut besuchten Veranstaltung am 5.2.14 im GL mit seinen Ausführungen anschaulich dar.

Wolfgang Wodarg näherte sich dem Thema zunächst über die Definition des Begriffs Korruption. Die Arbeitsdefinition des Begriffs Korruption von Transparency ist: „Der Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.“ Die Kernfrage lautet dann, was im Gesundheitswesen das „Anvertraute“ ist?

Diese Frage beantwortet Wodarg folgenderweise: Der Selbstverwaltung und ihren Vertragspartnern sind anvertraut

- über 200 Milliarden Euro
- die Gesundheitspflege für 70 Millionen Menschen
- intime Gesundheitsdaten
- Blut-, Gewebe und Organspenden sowie
- Teilhabechancen und -rechte

Im Gesundheitswesen gibt es Primär- und Sekundärinteressen. Die Primärinteressen bezeichnet Wodarg als das „Wohlergehen von Patienten, ein effizienter Ressourceneinsatz, eine offene, kritische Forschung und Lehre“. Sekundärinteressen sind „u.a. der Wunsch nach finanziellem Vorteil, Karriere, Anerkennung, besonderer Unterstützung, Privilegien.“ Naheliegend sind Interessenkonflikte, die das Risiko bergen dass „anvertrautes Urteilen und Handeln für ein primäres Interesse durch sekundäre Interessen unangemessen beeinflusst werden.“

der Interessenkonflikt

	Arzt (analog Pflege etc.) MIKROEBENE	Selbstverwaltung Effizientes Hilfesystem Gute Versorgung für alle Versicherten, Motivierte Leistungserbringer MESO-EBENE	Politiker (Parlamente) Gute Daseinsvorsorge Gerechtigkeit Solidarität, Demokratie Zusammenhalt Interessenausgleich Nachhaltigkeit MAKRO-EBENE
Primär Interesse	Nicht schaden Wohl des Patienten „guter“ Helfer sein Anerkennung indizierte Leistungen	Solidarität organisieren Effizientes Hilfesystem Gute Versorgung für alle Versicherten, Motivierte Leistungserbringer	Gute Daseinsvorsorge Gerechtigkeit Solidarität, Demokratie Zusammenhalt Interessenausgleich Nachhaltigkeit
Sekundär Interesse	Honorierung Karriere Konkurrenz Monopole Publicity	Überleben im Wettbewerb Hohe Gehälter Mezzanine Märkte, Ausgründung	Wahlerfolg, Popularität, Karriere, Geld „Anschlussverwertung“
Konflikte durch	Entgelt-Fehlansätze Selbstzahler Fortbildungssponsoren Flattering, AWBs Rosinenpicken Korruption	Kassenwettbewerb Vertragswettbewerb „Rosinen“-verträge Stratifizierungen Korruption? Morbi-Kosmetik	Parteidisziplin Machtinteresse Ehrgeiz, Angst Lobbyismus Korruption Ideologien

Folie aus Vortrag Wodarg

Der Versicherte/Patient erscheint in diesem Zusammenhang einmal als Last (siehe Abbildung 1) und einmal als Gewinnquelle (siehe Abbildung 2), je nachdem aus welcher Perspektive er betrachtet wird. Aus Sicht des öffentlichen Gesundheits-

Versicherte als Last

- 20 % der Versicherten verursachen 92 % der Kosten
- 10 % der Versicherten verursachen 80 % der Kosten
- 2,5 % der Versicherten verursachen 50 % der Kosten
- 0,5 % der Versicherten verursachen 20 % der Kosten

GEK-Gesundheitsreport 2003; ohne ambulante ärztliche Leistungen

Public Health

Abbildung 1: Folie aus Vortrag Wodarg
wesens ist ein teurer Versicherter eine Last, aus Sicht der Wirtschaft eine lukrative Einkommensquelle.

Schief lagen der vorhandenen Sichtweisen und unterschiedlichen Interessen könnten auf der Grundlage von Transparenz, (= einem Verhältnis, bei dem gegenseitige Prüfungen jederzeit möglich sind und somit Missbrauchsaufwand durch Vertrauen ersetzt werden kann) vermieden werden.

Ein wichtiger Wachstumsmarkt unserer Gesellschaft ist die Daten- und Informationsbeschaffung im Gesundheitswesen, denn Daten sind gefragt und für sehr unterschiedliche Interessenten (Krankenkassen, Pharmaunternehmen, Ärzte, Krankenhäuser etc...) sehr wertvoll. Daten sind wichtige Marketing und Steuerungsinstrumente, sie bieten die Grundlage für neue Märkte

Behandlungsrelevante Daten (Beispiele)

Klinik	Hilfsmittel	Reha	Heim
OTC	Apotheke	Rezept	Arzt
Versicherung	GKV-Kasse	Morbi	Diagnosen
Wohnen	Integration	MdE	Mobilität

Folie aus Vortrag Wodarg

und Angebotskonzepte sowie damit verbundene Gewinne. Der Verkauf von Rezeptdaten ist da nur eine Ausprägung einer gigantischen Datenschieberei.

Fazit des Abends: Ein gut strukturierter und Übersicht bringender Vortrag eines sach- und fachkompetenten Referenten, der anschaulich und verständlich die Hinter- und Vordergründe des Datenhandels aufzeigte. Vielen Dank dafür!

Versicherte als Gewinnquelle

- 20 % der Versicherten bringen 92 % der Einnahmen
- 10 % der Versicherten bringen 80 % der Einnahmen
- 2,5 % der Versicherten bringen 50 % der Einnahmen
- 0,5 % der Versicherten bringen 20 % der Einnahmen

Nach GEK-Gesundheitsreport 2003; ohne ambulante ärztliche Leistungen

Wirtschaft

Abbildung 2: Folie aus Vortrag Wodarg

Der Vortrag ist auf unserer website nachlesbar, Dank an Herrn Wodarg, der dieser Veröffentlichung zustimmte und damit auch weiteren InteressentInnen den Zugang zu seinen wichtigen Informationen ermöglicht.

Adelheid Schulte-Bocholt

Mitgliederversammlung 2014: Impressionen

Ein umfangreicher Bericht an die Mitglieder, Entlastung und Neuwahl des Vorstands, die bewegende Ehrung von Hans Peter Hiss und eine spannende Diskussion mit dem Thema „Sicherstellung der med. Versorgung im Münchener Norden“, das waren Inhalte der diesjährigen Mitgliederversammlung.

Der alte und neue Vorstand wird gebildet durch: Christa Porer, Pawlos Delkos, Dr. Gerhard Schwarzkopf, Dr. Peter Scholze und Thomas Schüren.



Der durch den Abend führte:
Jürgen Kretschmer



Der inhaltliche Bericht der Aktivitäten im Gesundheitsladen:
Christina Krieger



Der Bericht des Vorstands:
Pawlos Delkos



Weitere Ausführungen zum Thema Lärm:
Gunhild Preuß-Bayer



Das Highlight:

Die Ehrung unseres langen Mitglieds Hans-Peter Hiss, der von Peter Friemelt unter bewegenden Worten das „goldene Schlängli“ überreicht bekommt:

Vielen Dank für deine treue und nachhaltige Begleitung des GL Hans Peter!



Im Gespräch



Zufrieden nach seinem Kassenprüferbericht:
Matthias Krebs



Der inhaltliche Bericht der UPD - Beratungsstelle München für Oberbayern:
Carola Sraier



Der Finanzbericht: Peter Friemelt



Der inhaltliche Teil mit dem Thema „Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Norden von München“ vorbereitet von:

Gerhard Schwarzkopf und Peter Hoffmann

Gesundheitsladen-Rundbrief 1/2014



Außenberatung Rosenheim - nur noch nach vorheriger Terminvereinbarung

Seit 2007 bietet die UPD-Beratungsstelle München für Oberbayern für Ratsuchende aus Rosenheim und Umgebung eine regionale Sprechzeit vor Ort an – und zwar jeden zweiten Montag im Monat. Das Angebot findet in Kooperation mit der Diakonie Rosenheim in deren Räumlichkeiten direkt am Bahnhof statt. Ratsuchenden wird eine persönliche Beratung vor Ort ohne große Anfahrtswege auf diesem Wege ermöglicht. Auch Ratsuchenden, die sich ggf. die Anfahrt nach München finanziell nicht leisten können soll so der Zugang erleichtert werden. In schwierigen Fällen ist die Face-to-Face Beratung zielführender als das Gespräch am Telefon. Dies bestätigen auch die bisherigen Erfahrungen in der Außenberatung Rosenheim, die insbesondere von Menschen in komplexen Problemsituationen in Anspruch genommen wurde.

Das Angebot in der Region vorzuhalten ist uns ein wichtiges Anliegen.

Da die Inanspruchnahme der Außensprechstunde jedoch besser ausgelastet werden sollte, bieten wir diese ab April 2014 nur nach Terminabsprache an. Dies bedeutet, dass sich die Ratsuchenden vorab in der RBS München zur persönlichen Beratung in Rosenheim anmelden. Die Anmeldung kann auch per Fax oder über die Onlineberatung im Internet erfolgen. Ratsuchende sollten ihren Wunschtermin angeben und ihre Kontaktdaten, damit wir bei Bedarf zurückrufen können.

Wir freuen uns auf die weitere Arbeit vor Ort und hoffen, dass die Umstellung reibungslos funktioniert.

Bei Rückfragen zum Angebot stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung.

Außenberatung in Rosenheim

12.05.14

16.06.14

14.04.14

jeweils 14-17 Uhr Beratung,
Klepperpark 18, Rosenheim
Tel: 08031 20 877 93

Termine in der Region

„Fürstenfelder Gesundheitstage“

24.05. - 25.05.2014, 10-18 Uhr
Veranstaltungsforum Fürstenfeldbruck

„Gesetzlich versichert - privat bezahlen - Individuelle Gesundheitsleistungen“

21.05.201, 15.00 Uhr,
Seniorenwohnpark Roggerstein
Puchheim



Anlässlich des Europaweiten Aktionstags für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung forderte ein Bündnis von lokalen Selbsthilfegruppen, -verbänden und -Initiativen am 5. Mai 2014 auf dem Münchner Marienplatz unter der Federführung der LAG SELBSTHILFE Bayern e.V. zum lokalen Protesttag auf. Die Veranstaltung stand unter dem Mot-

to: Bayern barrierefrei: IMMER. FÜR ALLE. ÜBERALL.

Auch der Gesundheitsladen München war mit einem Infostand (gemeinsam mit den Münchner Gesundheitsinitiativen und der Selbsthilfe-Zöliakie) auf dem Marienplatz vertreten.

Das Wetter war klasse, die Kolleginnen und Kollegen informierten, berieten und gaben Infomaterial an interessierte BesucherInnen aus.

Den Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung gibt es seit 1992. Auf Initiative von Disabled Peoples International wurde der 5. Mai zum europaweiten Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen erklärt.

In ganz Deutschland gibt es daher rund

um den 5. Mai vielfältige Aktionen. Menschen mit und ohne Handicap kämpfen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen.

Adelheid Schulte-Bocholt



Gunhild Preuss-Bayer und
Behindertenbeauftragter Oswald Utz



Christa Porer und Adelheid Schulte-Bocholt

„Die Katastrophe ist längst da“

Krise der öffentlichen Gesundheitsversorgung - Widerstand und Solidarität in Griechenland

unter diesem Titel fand im Eine Welt Haus München am 07.04.2014 eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Entwicklung im Gesundheitssektor in Griechenland statt.

Veranstalter waren der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VdÄÄ) und das Forum Eurokrise im Sozialforum München.

Die ReferentInnen Nadia Rakowitz vom VdÄÄ und Paul Kleiser vom Sozialforum München berichteten von ihren Erfahrungen und Eindrücken, die sie während einer Delegationsreise Mitte Februar 2014 in Griechenland sammelten.

Die Sparpolitik der Troika der letzten vier Jahre wurde in Griechenland u.a. auch dazu genutzt, um das bestehende System der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu zerstören: Zusammenlegung oder Schließung von Kliniken, Privatisierung von Krankenhäusern und Polikliniken sind an der Tagesordnung. Drastische Budgetkürzungen führen zu massenhaften Kündigungen von MitarbeiterInnen (Ärzten und Pflegekräften) im Gesundheitsbereich sowie zur Erhöhung der Zuzahlungen der PatientInnen.

Die drastischen Sparmaßnahmen der letzten Jahre haben die Arbeitslosenrate auf 30 % ansteigen lassen. Fatal, denn nach einem Jahr Arbeitslosigkeit verlieren die Menschen den Krankenversicherungsschutz.

Kleine Selbständige können wegen der Krise ihre Versicherungsbeiträge nicht mehr bezahlen. Über drei Millionen Menschen sind inzwischen nicht mehr krankenversichert. Dies alles führte dazu, dass fast zwei Drittel der Bevölkerung im letzten Jahr keinen Arzt aufsuchen konnte - nicht, weil sie gesund wären,

sondern weil sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen.

In den Notaufnahmen der Krankenhäuser herrschen unvorstellbare Zustände, da diese die einzige Anlaufstation für viele Menschen sind.

Diese bereits sehr dramatische Entwicklung wurde durch den Beschluss des Gesundheitsministers Adonis Georgiadis, die Polikliniken der gesetzlichen Krankenversicherung (EOPY) im Februar dieses Jahres zu schließen, weiter verschärft. Der Minister verfolgte mit der Schließung der Polikliniken das Ziel, die 8500 beschäftigten Ärzte und Pflegekräfte sofort entlassen zu können.

Seit dem 20. März 2014 ist ein kleiner Teil der Polikliniken mit nur 1700 Ärz-

reich wurden dargestellt und miteinander verglichen: Die Praxis der „Ärzte der Welt“ in Perama, Vorort von Piräus, und die „Soziale Praxis in Ellinikon“, Vorort im Süden von Athen, die bereits in mehreren Veröffentlichungen in Deutschland bekannt geworden ist.

Das Forum Eurokrise im Sozialforum München unterstützt die „Soziale Praxis in Ellinikon“. In dieser Praxis helfen inzwischen über 200 Ärztinnen und Krankenschwestern in ihrer Freizeit und unentgeltlich kranken Menschen, die sich sonst - ohne Krankenversicherung und mittellos - den Arzt- oder Klinikbesuch nicht leisten könnten. Seit Dezember 2011 wurde die Praxis von über 20.000 Menschen in Not aufgesucht.



In den letzten zwei Jahren konnte das Forum Eurokrise mit seiner Solidaritätsaktion Medikamente und andere benötigte Sachmittel im Wert von über 6.000 Euro direkt an die Helfer und Helferinnen dieser Praxis überreichen.

Weitere Informationen über diese soli-

darischen Aktivitäten können Sie unter www.mki-ellinikou.blogspot.gr (auch in deutscher Sprache) finden.

Wenn Sie direkt helfen wollen, dann überweisen Sie Ihre Spende auf folgendes Konto:

Hans-Peter Gase,
Sparda-Bank
Konto Nr. 40 160 52 32,
BLZ 70090500

Pavlos Delkos
GL-Vorstandsmitglied und aktiv im
Forum Eurokrise

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt bei der Veranstaltung war die Rolle und der Beitrag der vielen entstandenen, selbstorganisierten, solidarischen und sozialen Praxen (Gesundheitszentren), die inzwischen überall in Griechenland, unter dem Motto „kein Mensch allein in der Krise“, entstanden sind.

Zwei bekannte Projekte aus diesem Be-

Die Ruhe weg ... bewußt zweideutig war das Motto des Tags gegen Lärm.

Man braucht schon ein dickes Fell oder Nerven wie Drahtseile oder hilfreiche Ruheangebote, um angesichts einer Umwelt, in der die Ruhe fast überall und fast jederzeit weg ist, noch die Ruhe weg zu haben.

So beschäftigt sich auch das diesjährige Programm mit den Störungen der Ruhe und den Schäden durch Lärm, aber bietet auch wieder die Anregungen, um Ruhe zu finden. Eine Veränderung hin zu einem dem Menschen gemäßeren Maß an Ruhe und Stille auch da, wo private Rückzugsmöglichkeiten fehlen, wird nur eintreten, wenn viele Menschen sich ihrer akustischen Umwelt bewußt sind, so dass auch die Entscheidungsträger das Anliegen aufnehmen.

Vielfältige Veränderungen, von der Stadt- und Verkehrsplanung bis zur Schallpegelbegrenzung von Musikwiedergabegeräten, und bis zu Gaststätten, in denen man unberieselt speisen und Gespräche führen kann..

Netzwerk Hörbehinderung Bayern

Das NHB ist 2013 gegründet worden.



Selbstbewußt kommunizieren, war das Anliegen.

Es machte eine große Anzahl von Veranstaltungen anlässlich des „Tag gegen Lärm“ und des Protesttag für die Gleichstellung Behinderter“.

Bei der Auftaktveranstaltung im „Berufsbildungswerk Sprache und Hören“ (BBW) sprachen der Bezirkstagspräsident Josef Mederer und die Bayerische Behindertenbeauftragte Irmgard Badura.

Die Redner nahmen auch Bezug auf ein Versprechen Horst Seehofers, das Programm „Bayern Barrierefrei 2023“.

Auch wenn sich dies nur auf den öffentlichen Raum und den ÖPNV bezieht, ist noch einiges zu tun! Schwerhörigkeit ist eine unsichtbare Behinderung und wurde in diesem Programm eher ver-

gessen, aber auch Hör- und Sehbehinderte brauchen geeignete Rahmenbedingungen für ihre Mobilität.

Ein kleiner Wunsch am Rand: Gut eingestellte Lautsprecherdurchsagen helfen sogar Normalhörenden und auch unseren internationalen Gästen.

Man konnte im BBW die Werkstätten besichtigen, darunter Holz, Metall und Mediengestalter, wo teilweise die Jugendlichen selbst berichteten, was sie lernen.



Botschaft an die Berufsschüler:
Schütze Deine Ohren,
Du hast nur diese zwei
und Hörschäden heilen nicht

Die Informations- und Servicestelle in der Haydnstraße, die für Hör- und Sehgeschädigte da ist, stellte sich an zwei Tagen vor. In einem Cafe der Stille und einer Ausstellung wurde die Situation stark hörgeschädigter und taubblinder Menschen erfahrbar.

Hier wird das Audiogramm erklärt:



Prävention für laute Berufe

An der städtische Berufsschule für das Bau- und Kunsthandwerk wurden die Jugendlichen mit einem Quiz an das Thema Gehörschäden herangeführt. Messungen der eigenen MP3-Player folgten. Manch einer berichtete, dass er selber schon schlecht höre. Bei Lautstärken von teilweise über 100 dB am Ohr kein Wunder.

Die Geräuschumwelt von Kindern ist Thema

Akustik macht Schule - wir wissen genug, um zu handeln

Wo Pädagogik für **Laut und Leise** sensibilisiert und zugleich optimales Verstehen von Sprache ermöglicht wird, ist der Lernerfolg ebenso wie das freundliche Miteinander einer Klasse besser. Das klingt nach Binsenweisheit, hat aber leider viel



hier		nebenan	Aula
0,48	4000Hz	0,65	2,65
0,50	2000Hz	0,66	9,73
0,45	1000Hz	0,69	3,98
0,45	500Hz	0,75	4,02
0,65	250Hz	0,75	—
0,89	125Hz	0,65	1,93

zu wenig Folgen für die Schulpraxis. „Akustik macht Schule“: in einem akustisch sanierten Klassenzimmer einer Grundschule in Neuperlach stellte der AK Lärm des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes die Situation in Schulen, Auswirkungen und akustische Sanierungsmöglichkeiten vor. Hier war das Wunder geschehen, dass man für zwei hörbehinderte Schülerinnen ohne langes Fackeln einen Klassenraum hergerichtet hatte. Es profitieren auch die Klassenkameraden, gerade bei einer Schule mit über 90% Kindern aus nicht-deutschsprachigen Elternhäusern.

Was man sich sonst unter Schulhausbau in den letzten Jahrzehnten vorgestellt hatte, war hier zu hören und zu sehen: liebevoll bemalte Treppenhäuser, in denen man sein eigenes Wort nicht versteht, eine

Aula, wo in verregneten Pausen der Schallpegel schnell bei 100 dB ist.

Ein anwesender Stadtrat sagte: „Das hab ich nicht gewußt. Wir werden einen Antrag auf Erhöhung der Mittel für Sanierung stellen.“



Wie laut ist's im Englischen Garten?

Zu dieser Frage zogen am 6.5.2014 eine Gruppe von Kindern aus dem Natur- und Kulturtreff Rumfordschlössl mit einem Schallmessgerät los und suchten laute und leise Geräusche.



Vom Rauschen des Wasserfalls, Vogelgezwitscher, über Biergartengeräuschkulisse bis zu Straßenverkehr war alles geboten. Die Kinder erfuhren nebenbei viel Wissenswertes über Lärm: Ab wann Lärm gesundheitsschädlich ist, dass schnelle Autos viel lauter sind als langsame oder wie sich Lärm in der Stadt reduzieren lässt. Die Kinder waren mit Begeisterung dabei und erstellten auch noch ein Geräuschequiz und eine Landschaftsgeräusche-landkarte.



Evi Lichtenwald

Natur- und Kulturtreff Rumfordschlössl

Verkehrslärm

Die Fachtagung „Was kostet Lärm?“, eine Fuß- und eine Radexkursion stehen jetzt bei Drucklegung noch bevor. Nähere Infos dazu gibt es auf der Webseite www.gl-m.de -> Ruhe+Lärm

Wir fragen am **20. Mai: Was kostet Lärm?** und richten den Blick auf die Immobilien und das Wohnen, sowie die Gesundheit und Leistungsfähigkeit von Kindern und Erwachsenen. „Rentiert“ sich Lärmsanierung?

Mit dem neuen Bezirksausschuss und Interessierten streifen wir am **27. Juni** durch die **Isarvorstadt**. Seit der letzten Exkursion „Klanglandschaft Stadt“ gab es die große Umbaumaßnahme in der Kapuzinerstraße. Was braucht es noch?

Am **5. Juli** besuchen wir Leute, deren Wohnort schleichend immer lauter geworden ist? Im Münchner Westen haben sich nach dem Erfolg der IGOM e.V.* weitere **Anwohnerinitiativen** entschlossen, mit Gutachten und Klagen gegen den zunehmenden Lärm vorzugehen.

Am **16. Juli** gibt es eine langfristige Lösung gegen Verkehrslärm zu sehen, wir besuchen die **autofreien Projekte** in der Messestadt Riem, die dort seit 1999 entstanden sind.

* Interessengem. Offenbach- Meyerbeerstr.

Wissenswertes und Kurioses über unser Gehör

Erstmalig hat das Münchner Stadtmuseum mitgemacht und im Foyer die psychoakustischen Experimente von Prof. Seeber, TUM, präsentiert.

Besonders spannend war die Simulation von Hören mit Cochlea-Implantat. Verblüffend, mit welcher geringer akustischer Information man noch halbwegs verstehen kann, freilich ohne die „Zwischentöne“ aus denen wir Informationen über den Sprecher gewinnen. Kein Heben und Senken der Stimme, keine individuelle Klangfarbe, keine Dialektfärbung, keine Information über den Zustand und die Stimmung der Person.

Beim Anhören von Musik war endgültig jedes differenzierte Hören verschwunden, kaum zu erraten, ob das rhythmische Gekrächze klassische Musik, Jazz oder Rock sein sollte. Dennoch liegt in diesen Entwicklungen eine große Hoffnung für Gehörlose.



BAGP-Rundbrief 1.14

Ein Jahr Patientenrechtegesetz

Fünf Fragen der Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP) an Karl-Josef Laumann (CDU), Patientenbeauftragter der Bundesregierung.



Karl-Josef Laumann (CDU) ist seit Dezember 2013 beauftragter Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten und Bevollmächtigter für Pflege. Der bisherige Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller (CSU), hatte nicht mehr für den Bundestag kandidiert.

Karl-Josef Laumann war von 1990 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2005 bis 2010 war er Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und von 2010 bis 2013 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Karl-Josef Laumann ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Karl-Josef Laumann war von 1990 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2005 bis 2010 war er Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und von 2010 bis 2013 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Karl-Josef Laumann ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

BAGP: Das neue Patientenrechtegesetz ist seit gut einem Jahr in Kraft. Was konnte dadurch aus Ihrer Sicht für die Patientinnen und Patienten verbessert werden?

Laumann: Nach der jahrzehntelangen Diskussion um ein Patientenrechtegesetz war es ein wichtiger Schritt, elementare Patientenrechte endlich ausdrücklich im Gesetz zu verankern und weiterzuentwickeln.

Jetzt kann jeder, ob Arzt oder Patient, in einem Gesetz z.B. nachlesen, dass der Patient jederzeit die Behandlungsunterlagen einsehen kann. Das Patientenrechtegesetz schafft so Transparenz und räumt unnötige Konflikte aus. Ein wesentlicher Punkt scheint dabei nach meinem Eindruck auch der neue Anspruch auf Erstattung der Kosten einer selbst beschafften Leistung zu sein, wenn die Krankenkasse nicht zügig über einen Antrag entscheidet. Unter Hinweis auf dieses Recht fordern Patientinnen und Patienten ihre Krankenkassen zunehmend zu zeitnahen Entscheidungen auf.

BAGP: Die Krankenkassen wurden im PatRG verpflichtet, ihre Versicherten beim Verdacht auf Behandlungsfehler zu unterstützen (§66 SGB V). Die BAGP hat dazu eine Umfrage bei den Krankenkassen gemacht. Deren Antworten zeigen:

Die Mehrzahl der Krankenkassen hat keine wesentlichen Änderungen im Beratungs- und Unterstützungsangebot ihrer Versicherten vorgenommen und plant in dieser Hinsicht auch nichts. In unseren Patientenberatungsstellen gibt es aber Beschwerden über Krankenkassen, die ihren Versicherten nur eine unzureichende Unterstützung bei Behandlungsfehlern anbieten. Viele wissen nicht von der Möglichkeit, über den MDK ein Gutachten zu bekommen. Sehen Sie hier Handlungsbedarf gegenüber den Krankenkassen?

Laumann: Ob und wie das Patientenrechtegesetz im Detail wirkt, können wir heute noch nicht genau sagen, das werde ich mir in

einem Jahr genauer anschauen. Nach meiner Erfahrung kommen die Krankenkassen ihrer Pflicht zur Unterstützung der Versicherten bei einem Behandlungsfehler jedoch größtenteils nach und stellen immer mehr und immer häufiger beim Verdacht eines Behandlungsfehlers ein Gutachten des MDK zur Verfügung. Von den Versicherten werden die Unterstützung bei einem Behandlungsfehler, aber auch andere Unterstützungsleistungen, z. B. die Vermittlung von Facharztterminen und die Art wie mit Leistungsanträgen umgegangen wird, zunehmend auch als Wettbewerbselement zwischen den Krankenkassen wahrgenommen. Sofern einzelne Kassen hier ihren Pflichten nicht nachkommen, nehme ich solche Beschwerden aber natürlich gerne entgegen um zu prüfen, ob und in welcher Form Handlungsbedarf besteht.

BAGP: Für Ärzte gilt eine neue Informationspflicht gegenüber ihren Patienten: zum Beispiel bei privaten Zuzahlungen oder wenn ein Arzt den Behandlungsfehler eines Vorbehandlers feststellt. Welche Wahrnehmung haben Sie, wie das umgesetzt wird? Sehen Sie hier Handlungsbedarf?
Laumann: Auch hier werden wir noch in eine genauere Analyse eintreten. Gerade bei der Information über einen Behandlungsfehler eines Vorbehandlers kann ich mir jedoch vorstellen, dass sie zu zögerlich umgesetzt wird. Als Patientenbeauftragter weise ich immer wieder darauf hin, dass wir offen über Fehler reden müssen. Nicht nur, weil sich so unnötiges Leid bei den Betroffenen vermeiden lässt, sondern auch und vor allem, weil

Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail: mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P
Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.



nur so eine offene Fehlerkultur entstehen kann. Wir müssen endlich konsequent aus Fehlern lernen, das ist der einzige ‚Nutzen‘, den wir aus ihnen ziehen können. Eine offene Fehlerkultur lässt sich jedoch nur schaffen, wenn alle Beteiligten engagiert daran mitarbeiten. Das lässt sich durch Gesetze nicht anordnen. Mir ist es als Patientenbeauftragter deshalb wichtig, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es sich lohnt, über Behandlungs- und Pflegefehler zu sprechen und Zeit und Geld in Risikomanagement- und Fehlermeldesysteme zu investieren.

BAGP: Herr Laumann, was planen Sie in den nächsten Monaten, um die Stellung der PatientInnen individuell im Behandlungsprozess zu stärken?

Laumann: In Kürze werden wir ein Gesetz beschließen, dass jeder schnell einen Facharzttermin, z.B. beim Augenarzt, bekommt. Denn was nützen die besten

Rechte beim Arzt, wenn der Patient bei ihm erst gar keinen Termin bekommt. Deswegen treibt mich auch der Hausärztemangel um, hier müssen wir schnell handeln, damit die Probleme in vielen gerade ländlichen Regionen nicht in ein paar Jahren unlösbar werden. Es ärgert mich auch, wenn Mutter/Vater-Kind-Kuren erst nach einem Widerspruch von den Kassen genehmigt werden. Hier kann ich mir vorstellen, diese Kassen öffentlich zu benennen, damit die Versicherten sehen, wie sich welche Kasse um sie kümmert.

BAGP: Herr Laumann, was planen Sie in den nächsten Monaten, um die Stellung der PatientInnen kollektiv bei der Patientenbeteiligung zu stärken?

Laumann: Patientenvertreter haben in den vergangenen Jahren immer mehr Rechte in unserem Gesundheitswesen erhalten. In kaum einem Gesetz bekommen sie keine neuen Aufgaben und Kompe-

tenzen. Das ist gut und richtig so. Gerade am Beispiel der Patientenbeteiligung im Gemeinsamen Bundesausschuss sehen wir, dass sich die Patientenbeteiligung bewährt. Ich halte vor diesem Hintergrund zum Beispiel ein Mitbestimmungsrecht in Verfahrensfragen im Gemeinsamen Bundesausschuss für einen sinnvollen nächsten Schritt.

Auf der Landesebene stellt sich die Sache noch etwas anders dar. Auch hier wurden Patientenvertreter aufgrund der Gesetzgebung der letzten Jahre in Gremien der Selbstverwaltung beteiligt. Aber es erreichen mich immer wieder Berichte, dass die Umsetzung zum Teil nur unzureichend erfolgt und die Bedingungen suboptimal sind. Hier werde ich genau hinschauen und gegebenenfalls Nachbesserungen einfordern.“

BAGP: Vielen Dank.

Was das Patientenrechtegesetz tatsächlich bewirkt...

Vor gut einem Jahr, am 26. Februar 2013, trat das Patientenrechtegesetz (PatRG) in Kraft. Im PatRG sind die Rechte der PatientInnen, die zuvor in verschiedenen Gesetzesbüchern eher unübersichtlich nachzulesen waren, gebündelt zusammengefasst worden. Damit wurden die Patientenrechte leichter einsehbar und transparenter gemacht. Darüber hinaus sollte die Stellung des Patienten durch das PatRG gegenüber ÄrztInnen, Krankenhäusern und weiteren Leistungs- und Kostenträgern des Gesundheitswesens gestärkt werden. Konkret heißt das beispielsweise: Patienten müssen über die privaten Zusatzkosten u. a. bei einer Zahnbehandlung schriftlich aufgeklärt werden. Bei einer möglicherweise falschen Arztbehandlung liegt die Beweispflicht nach wie vor beim Patienten, die gesetzlichen Krankenkassen sollen ihre Versicherten bei der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen bei Behandlungsfehlern unterstützen. Dies wurde im

§ 66 des Sozialgesetzbuchs (SGB) V geändert.

Umfrage der BAGP bei den gesetzlichen Krankenkassen

Über ein Jahr ist seit in Kraft treten des Gesetzes vergangen. Welche Veränderungen zeigen sich tatsächlich im Versorgungsalltag? Welche Konsequenzen ergeben sich nun für die Krankenkassen bei der Unterstützung ihrer PatientInnen in der ambulanten und stationären Versorgung? Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Patientenstellen (BAGP), ein bundesweiter Zusammenschluss von Patientenberatungsstellen und eine der sogenannten maßgeblichen Patientenorganisationen, die die Patienteninteressen u. a. im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) vertritt, hat dies nun bei gesetzlichen Krankenkassen abgefragt. Angeschrieben wurden 30 landesweite Krankenkassen. Geantwortet haben 28 Kassen: alle 11 AOKen, Barmer GEK, 9 BKKen

(alle mit Sitz in Baden-Württemberg), IKK Brandenburg und Berlin, IKK classic, IKK Südwest, KKH, Knappschaft, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau und die Techniker Krankenkasse. Nicht geantwortet haben die HEK, die hkk und die BIG direkt.

Unterstützung bei Behandlungsfehlern

Bei der Frage wie die Krankenkassen bisher ihre Versicherten beim Verdacht auf Behandlungsfehler unterstützt haben, beschrieben die meisten Kassen ihr Beratungsangebot: Unterlagen werden angefordert und durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) in Form eines für den Patienten kostenlosen Gutachtens geprüft. Die AOKen und die Barmer GEK haben für die Beratung und Verfolgung der Anfrage Kompetenzteams für ärztliche Behandlungsfehler eingerichtet und arbeiten bei Schadenersatzforderungen mit den An-



wälten der Versicherten zusammen. Die AOK schreibt zusätzlich, dass sie sich seit Jahren um die Transparenz im Umgang mit Fehlern sowie für die Entwicklung von Fehlervermeidungsstrategien einsetzt, beispielsweise durch ihre Mitarbeit im Aktionsbündnis Patientensicherheit. Die Barmer GEK gibt an, dass sie nicht nur geäußerte Verdachtsfälle von Versicherten aufgreift, sondern auch aktiv bei sogenannten Auffälligkeitsdiagnosen wie Dekubitus eine gutachterliche Überprüfung vornehmen lassen. Darüber hinaus bietet sie ihren Versicherten seit gut 14 Jahren eine Servicehotline speziell für Behandlungsfehler.

Behandlungsfehler? Kostenloses Gutachten durch den Medizinischen Dienst

Bei einer möglicherweise falschen Arztbehandlung liegt die Beweispflicht nach wie vor beim Patienten, aber die gesetzlichen Krankenkassen sind verpflichtet ihre Versicherten bei der Verfolgung von Schadensersatzansprüchen bei Behandlungsfehlern zu unterstützen. Auf die Frage wie sich die Unterstützung der Krankenkassen durch den modifizierten § 66 SGB V verändert hat, erklärten nahezu alle Kassen, dass sie keine wesentlichen Änderungen vorgenommen haben bzw. dass sie „keinen Handlungsbedarf“ sehen, da die Versicherten auch vor der Neuerung des Paragraphen unterstützt wurden.

Veränderungen bei Leistungen und Service der Krankenkassen?

Welche anderen Änderungen gab es aufgrund des PatRG in den Angeboten der Krankenkassen? Die meisten Krankenkassen gaben an, dass es keine wesentlichen Veränderungen gab, da bereits vorher in den Beratungen auf die Patientenrechte verwiesen wurde. Einige Kassen haben eigene Broschüren zu den Patientenrechten erstellt - wie die BKK Aeskulap. Die Barmer GEK hat im Zuge des Patientenrechtegesetzes den Internetauftritt um diesen Themenbereich erweitert und weitere Infoportale z.B. zum Arztvergleich oder zur Krankenhausuche entsprechend aufbereitet. Die

IKK Südwest hat ein Beschwerdemanagement eingerichtet, um allen Beschwerden ihrer Versicherten gegen Ärzte, Krankenhäuser und anderen Heilberuflern nachgehen zu können.

Die BKK (Verbund Plus), die LKK und die IKK Südwest nehmen Bezug auf § 13a SGB V. In diesem Paragraphen ist geregelt, welche Folgen es hat, wenn eine Krankenkasse über einen Antrag auf Leistungen nicht innerhalb von drei Wochen nach Antragseingang oder, sofern der Medizinische Dienst beteiligt ist, nach fünf Wochen entscheidet. In diesem Fall muss sie den Grund dem Antragsteller mitteilen. Unterlässt sie dies, so gilt der Antrag als genehmigt. Die BKK zeigt auf, dass sie durch Prozessstraffung und genaue Prüfung möglichst schnell Entscheidungen treffen und auf die Einhaltung der Fristen auch in der Begutachtung achten. Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau nimmt auf die Neuerung der §§ 73b und c SGB V (Widerrufsrecht hausärztliche Versorgung) Bezug und zeigt auf, dass sie die gesetzlichen Vorgaben erfüllen.

Welche Änderungen planen die Krankenkassen für die Zukunft, um dem PatRG zu entsprechen?

Die meisten Kassen sehen keinen Handlungsbedarf. Manche Kassen sehen noch Verbesserungspotential in der umfangreichen Beratung zu den Patientenrechten. So möchte die BKK mh plus ihre Versicherten verstärkt über mögliche Schlichtungsverfahren aufklären und dabei andere Akteure mit einbeziehen, wie entsprechende Fachverbände und Patientenorganisationen.

Im Bereich der Behandlungsfehlerunterstützung wollen Kassen z.B. die BKK mh-plus noch stärker eigene Daten zur Analyse von Fehlerhäufungen aufbereiten und für ein Fehlermanagement nutzbar machen. Die Barmer GEK plant ihren Internetauftritt um das Thema fehlerhafte Medizinprodukte zu erweitern.

Lohnt sich der Aufwand für die Kassen finanziell?

Auf diese Frage antworten die meisten Kassen vorsichtig mit ja und verweisen auf

ihren eindeutigen gesetzlichen Auftrag der Solidargemeinschaft Kosten zu sparen. Kassen wie die DAK und IKK Südwest teilen mit, dass die Einnahmen aus der Verfolgung von Schadensersatzansprüchen seit Jahren steigen und z.B. bei der DAK im zweistelligen Millionenbereich liegt. Die IKK classic teilt mit, dass die Folgekosten aus Behandlungsfehlern z.B. während der Geburt zu erheblichen Folgekosten führen und daher die Mehrzahl der Fälle zu Mehrausgaben und nicht zu Einnahmeverbesserungen bei den Kassen führen.

Fazit

Insgesamt decken sich die Ergebnisse der Umfrage nicht mit den Schilderungen der PatientInnen, die Rat in den Patientenstellen der BAGP suchen. Während die Kassen uns schildern was alles unternommen und angeboten wird, um die Versicherten zu unterstützen, sehen wir eher ratlose Ratsuchende. Die meisten unserer Klienten hatten vor dem Kontakt mit unseren Stellen noch keine Beratung durch ihre Krankenkasse zum Behandlungsfehlerverdacht erfahren oder diese „Beratung“ in schlechter Erinnerung. So gibt es immer wieder Beschwerden über Kassen, die ihren Versicherten keine Unterstützung anbieten, um einen Behandlungsfehler aufzuklären. Zum Teil werden Versicherte von den Sachbearbeitern in ihrem Zweifel nicht ernst genommen und unsachgemäß an die Ärzte, private Gutachter, Patientenberatungsstellen oder an die Gutachterstellen der Ärztekammern verwiesen. Wir hoffen, dass sich der in unserer Umfrage aufgezeigte Unterstützungswille weiter trägt und den Betroffenen entsprechend hilfreiche Angebote vorliegen.

Wir danken allen teilnehmenden Kassen für Ihre Bereitschaft unsere Fragen zu beantworten.

Für die BAGP, Geschäftsstelle und SprecherIn der BAGP Gregor Bornes und Carola Sraier